

Aus dem Rathaus Oberweser wird berichtet

Wichtiges aus dem Gemeindeparlament

Am 21. Dezember 2009 fand im Haus des Gastes in Gieselwerder eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung statt, die vom Vorsitzenden Jörg Henrici geleitet wurde.

Fortschreibung des Investitionsprogramms 2009

Mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung wurde das fortgeschriebene Investitionsprogramm für das Jahr 2009, welches auch die Investitionen des Konjunkturprogramms II enthält, in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Gesamtsumme der geplanten Investitionen:			1.497.638 €
Finanzierung:	Zuweisungen	401.159 €	
	Anliegerleistungen	31.000 €	
	Kredite	669.979 €	
	Sonstiges/Erlöse	395.500 €	1.497.638 €

Darauf entfallen auf das Konjunkturprogramm II 329.838 €.

Von der Kreditaufnahme entfallen 271.426 € auf das Konjunkturprogramm II. Vom Landeskreditanteil in Höhe von 251.955 € übernimmt das Land 5/6 der Tilgung = 209.962,50 €. Vom Bundesanteil in Höhe von 19.471 € übernimmt das Land die Hälfte der Tilgung = 9.735 €.

Die Zinsen für den Landeskreditanteil werden dem kommunalen Finanzausgleich belastet.

Beratung und Beschlussfassung 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2009

Zum Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 mit Anlagen wurden die Ortsbeiräte gehört. Die Ortsbeiräte und auch der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen die Annahme.

Einstimmig wurde die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Im Ergebnishaushalt erhöhen sich die ordentlichen Erträge um 93.517 € und vermindern sich die ordentlichen Erträge um 800 € von bisher 5.013.957 € auf nunmehr 5.106.674 €. Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich um 103.522 € und vermindern sich um 71.656 € von bisher 5.359.392 € auf nunmehr 5.391.258 €.

Die außerordentlichen Erträge erhöhen sich um 120 € von bisher 600 € auf nunmehr 720 €.

Im Finanzhaushalt erhöht sich der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 60.971 € von bisher 190.844 € auf 251.815 €.

Aus Investitionstätigkeit erhöhen sich die Einzahlungen um 370.300 € und vermindern sich die Einzahlungen um 385.388 € von bisher 842.747 € auf 827.659 €.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit erhöhen sich um 438.738 € von bisher 1.058.900 € auf nunmehr 1.497.638 €.

Aus Finanzierungstätigkeit erhöhen sich die Einzahlungen um 453.826 € von bisher 216.153 € auf 669.979 €. Die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit bleiben mit 258.100 € unverändert.

Der Kreditbedarf für Investitionen erhöht sich um 453.826 € von bisher 216.153 € auf nunmehr 669.979 €. In diesem Betrag sind Kreditaufnahmen zur Mitfinanzierung des Konjunkturpakets II von 271.426 € enthalten.

Der bisherige Höchstbetrag des Kassenkredites von 2 Mio. €, die Steuerhebesätze der Gemeinde und der Stellenplan werden nicht geändert.

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in kommunales Recht

- **V. Nachtragssatzung zur Entwässerungssatzung vom 08.09.2004**

- **III. Nachtragssatzung zur Friedhofsordnung vom 22.11.1993**

Die Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, die **Europäische Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR)**, muss in allen Mitgliedstaaten bis zum 29.12.2009 umgesetzt werden. Ziel der Europäischen Union ist es, einen Rechtsrahmen zu schaffen, durch den das Erbringen von Dienstleistungen über Landesgrenzen hinweg vereinfacht und die betriebliche Niederlassung in einem anderen EU-Mitgliedsstaat erleichtert wird.

Die Umsetzung der Richtlinie machte auch eine Überprüfung des gemeindlichen Satzungsrechts erforderlich. Soweit Mustersatzungen des Hess. Städte- und Gemeindebundes zur Anwendung kommen, wurde die Überprüfung durch den HSGB durchgeführt. Diese Überprüfung hat ergeben, dass

die Entwässerungssatzung und
die Friedhofsordnung

anzupassen sind.

§ 5 Abs. 1 Satz 2 der **Entwässerungssatzung** ist dahingehend zu ändern, dass Bau- und Installationsarbeiten allein durch fachkundige Unternehmer ausgeführt werden dürfen. Der Begriff des zugelassenen Unternehmers in der zu ersetzenden Regelung hätte zu Schwierigkeiten in Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie geführt.

Durch die Festlegung, dass nur fachkundige Unternehmer Arbeiten durchführen dürfen, ist gewährleistet, dass die technischen Normen und die jeweils geltenden bau- und wasserrechtlichen Vorschriften beachtet werden. Eine Verschlechterung der Qualität der Arbeiten an den Grundstücksentwässerungsanlagen ist daher nicht zu befürchten. Dies wurde einstimmig beschlossen.

Im Rahmen der Normenprüfung der **Friedhofsordnung** ist Anpassungsbedarf hinsichtlich der Genehmigung zur Zulassung der gewerblichen Tätigkeiten auf dem Friedhof im Sinne des § 9 der Muster-Friedhofsordnung –gemeindliche Satzung = § 7 Abs. 2- erforderlich. Die Änderung ist bedingt durch die Vorgaben in Art. 13 Abs. 3 und 4 der EU-DLR, wonach Genehmigungsverfahren Bearbeitungsfristen und eine Genehmigungsfiktion enthalten sollen. Dies wurde einstimmig beschlossen.

Mitteilungen

Grundhafte Sanierung der Landesstraße L 763 in der Ortsdurchfahrt Oedelsheim

Das Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) wird im nächsten Jahr die L 763 in der Ortsdurchfahrt Oedelsheim, Göttinger Straße, grundhaft erneuern. In Zuge dieser Baumaßnahme sind auch die in gemeindlicher Baulast stehenden Gehwege zu sanieren. Schmutzwasser- und Oberflächenwasserkanal (Neuverlegung 1986) wurden untersucht und sind nur geringfügig schadhaft, sodass eine Kanalsanierung im Zuge der Straßenreparatur nicht erforderlich wird. Die im Straßenbereich liegende Wasserleitung wurde ebenfalls im Jahr 1986 erneuert, Sanierungsbedarf ist hier derzeit ebenfalls nicht gegeben. Zu prüfen ist, ob der offene Graben am Festplatz verrohrt werden kann, um zusätzliche Stellplätze zu schaffen. Das ASV beabsichtigt, im Frühjahr 2010 eine Bürgerversammlung durchzuführen.

Mauersanierung Heisebeck

Nach Mitteilung des ASV Kassel soll die Hangstützmauer im Kreuzungsbereich Arenborner Straße / Offensener Straße (L763) im kommenden Jahr saniert werden.

Übernahme Unterhaltungsverpflichtung Radweg Bursfelde/Oedelsheim

Das ASV Kassel hat mitgeteilt, dass das Land Hessen an die Gemeinde Oberweser für die Übernahme der Unterhaltungsverpflichtung eine Ablösesumme von 78.800 € zahlen wird.

Hochwasserschutz Weseraue

Anlässlich eines Behördentemins am 02.12.2009 haben die anwesenden Vertreter der Träger öffentlicher Belange ihre grundsätzliche Zustimmung zu den geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen bei Gieselwerder und Oedelsheim signalisiert.

Eigenkontrollverordnung (EKVO)

Mit der ab 2010 geltenden EKVO werden private Grundstückseigentümer verpflichtet, ihre Kanalleitungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu sanieren. Um günstige Ausschreibungsergebnisse zu erzielen, soll angestrebt werden, dass die Untersuchung sämtlicher Privatgrundstücke durch die Gemeinde beauftragt wird und die damit verbundenen Kosten über die Kanalgebühren abgedeckt werden.

Anrufsammeltaxi

Seit Mitte Dezember 2009 verkehrt das Anrufsammeltaxi auch zwischen Hann. Münden und Oberweser sowie Uslar und Oberweser. Bei entsprechender Inanspruchnahme werden für das Jahr 2010 keine zusätzlichen Kosten auf die Gemeinde zukommen. Seit Ende 2007 besteht bereits eine Anrufsammeltaxilinie zwischen den Ortsteile von Oberweser und Wahlsburg, zum ReHa-Zentrum Lippoldsberg sowie zu den Bahnhöfen Bodenfelde und Offensen.